

Stellungnahme des INKOTA-Netzwerks, der DUH, von Coffee Watch und PAN UK zur Reaktion des Deutschen Kaffeeverbands auf unseren Bericht „Gift in Ihrem Kaffee“

Wir von Coffee Watch, der Deutschen Umwelthilfe, dem INKOTA-Netzwerk und dem Pesticide Action Network UK haben am 19. Juni einen Bericht mit dem Titel [„Poison in your coffee“](#) veröffentlicht, in dem dargelegt wird, wie die Pestizidabhängigkeit der Kaffeeindustrie Arbeitnehmer*innen, bäuerlichen Gemeinschaften und Ökosystemen schadet. Darin wird auch aufgedeckt, wie Rückstände eines Pestizidcocktails im Kaffee in die Tassen der Verbraucher*innen gelangen. Dieser Bericht fand in den Medien große Beachtung.

Am 26. Juni veröffentlichte der Deutsche Kaffeeverband als Reaktion auf unseren Bericht eine Stellungnahme mit dem Titel: [„Kaffee in Deutschland ist sicher.“](#) Darin weist der Verband die Ergebnisse unseres Berichts zurück, bezeichnet viele davon als „Verallgemeinerung“ und plädiert für einen „objektiveren Ansatz“- diesem Anspruch wird die eigene Stellungnahme aus unserer Sicht jedoch nicht gerecht.

Angesichts unseres Berichts, der dokumentiert, wie Landarbeiter*innen aufgrund toxischer Belastungen zusammenbrechen und Ökosysteme kontaminiert werden, besteht die Reaktion des Deutschen Kaffeeverbandes darin, den Verbraucher*innen zu versichern, dass das Endprodukt für die Deutschen sicher ist. Diese Darstellung ignoriert das weitaus dringlichere Problem: die Gesundheit und Sicherheit der Menschen, die den Kaffee anbauen.

Bauern und Bäuerinnen mischen Paraquat mit bloßen Händen, schwangere Frauen betreten frisch besprühte Felder ohne Schutzausrüstung, Kinder sind während der gesamten Erntezeit den Gefahren ausgesetzt, Flüsse und Böden sind mit in der EU verbotenen Pestiziden verseucht, die Artenvielfalt ist bedroht. Die ausschließliche Fokussierung auf die Verbrauchersicherheit betrachtet die Lieferkette als einen engen Korridor, in dem nur das zählt, was die deutsche Grenze erreicht, während alles, was davor liegt – menschliches Leid, Umweltschäden und der Zusammenbruch der Artenvielfalt – unsichtbar gemacht wird.

Im Mittelpunkt unserer Studie „Poison in Your Coffee“ stehen die Rechte, die Würde und das Wohlergehen der Bauern und Bäuerinnen, deren Arbeit diese Tasse erst möglich macht. Außerdem wird die Bedeutung des Schutzes von Ökosystemen hervorgehoben, damit künftige Generationen einen bewohnbaren Planeten erben können und die Kaffeeproduktion trotz der Herausforderungen des Klimawandels möglich bleibt.

Die Stellungnahme des Deutschen Kaffeeverbandes berücksichtigt weder die Arbeiter*innen noch die Natur. Damit beantwortet er eine Frage, die wir nicht gestellt haben, und ignoriert die, die wir gestellt haben. „Sicherer Kaffee“ kann nicht bedeuten, dass die Tassen in Deutschland unbedenklich sind, während die Menschen, die die Bohnen anbauen, immer wieder krank werden und ihre Umwelt immer weiter vergiftet wird. Darüber hinaus stellt er unsere Erkenntnisse zu Rückständen, die tatsächlich in den Tassen der Verbraucher zu finden sind, falsch dar.

Die Stellungnahme des Deutschen Kaffeeverbandes „Kaffee in Deutschland ist sicher“ ist irreführend

Diese pauschale Sicherheitsbehauptung ist wissenschaftlich schlichtweg nicht haltbar – nicht, weil wir etwas anderes behaupten, sondern weil die Datenlage nicht ausreicht, um sie zu stützen. Die Stellungnahme des Verbandes entkräftet in keiner Weise die in unserem Bericht angeführten Daten:

- Die Kontrollen von Kaffeeimporten sind minimal. Dennoch zeigen Belege, dass Pestizidrückstände, darunter Glyphosat und andere hochgefährliche Pestizide (HHPs), regelmäßig auf Rohkaffeebohnen nachgewiesen werden.
- Im Jahr 2022 untersuchten die EU-Behörden lediglich 44 Rohkaffee-Proben, von denen 23 % in der EU verbotene Pestizide enthielten. Dies entspricht einer Verzehnfachung seit 2011. Eine so geringe Stichprobe für einen globalen Markt mit Millionen Tonnen an Importen ist keine Grundlage für die Bescheinigung von Sicherheit; er zeigt vielmehr, wie unzureichend die Überwachung tatsächlich ist.
- Zwischen 2020 und 2024 waren Pestizide das im europäischen Frühwarnsystem am häufigsten gemeldete Risiko im Zusammenhang mit Kaffee, und Kaffee selbst gehörte insgesamt zu den am häufigsten gemeldeten Produkten – was kaum mit der Bezeichnung „sicher“ vereinbar ist.
- Regulatorische Rahmenbedingungen tolerieren oft Pestizidrückstände in importiertem Kaffee, die verboten wären, wenn der Kaffee im Inland angebaut würde.
- Das Waschen und Rösten von Kaffee reduziert zwar einige Rückstände, andere jedoch nicht: schwerflüchtige und thermisch stabile Verbindungen können die Verarbeitung überstehen und tun dies auch, und die Überwachung bleibt uneinheitlich. Die wenigen vorhandenen Rückstandsstudien geben Anlass zur Sorge:
 - Schätzungsweise jede fünfte Tasse ist wahrscheinlich mit Pestizidrückständen belastet
 - 19 % der Rohkaffee-Proben aus Brasilien, Kolumbien und Kenia weisen Pestizidrückstände auf
 - 72 % des gerösteten Kaffees in den USA enthielten AMPA, ein Abbauprodukt von Glyphosat.
 - 21 % der in Ägypten getesteten Röstkaffee-Proben enthielten Rückstände, wobei Chlorpyrifos, Imidacloprid und Cypermethrin zu den häufigsten gehörten.
 - Viele Proben enthalten mehrere Rückstände gleichzeitig – einen „giftigen Cocktail“, für dessen Bewältigung die derzeitigen, auf einzelne Substanzen ausgerichteten Rechtsrahmen nicht ausgelegt sind. Eine Studie stellte bei bis zu 79 % der gerösteten Kaffeeproben eine Mehrfachrückstandskontamination fest, darunter Mepiquatchlorid, Permethrin und Methiocarb-Sulfon.

Kaffee vor dem Hintergrund unvollständiger Tests als „sicher“ zu erklären, verwechselt das Fehlen von Kontrollen mit einem Sicherheitsnachweis. Das ist keine Objektivität, sondern das Gegenteil davon.

Wir möchten, dass Verbraucher*innen klare und zugängliche Informationen erhalten. Auf der Grundlage der verfügbaren Erkenntnisse reichen die bisherigen Tests und Überwachungsmaßnahmen nicht aus, um mit Sicherheit festzustellen, dass mit Pestiziden angebaute Kaffee sicher ist. Dies mag sich letztendlich als richtig erweisen, erfordert jedoch

weitaus strengere Forschung und Überwachung, als sie derzeit vorhanden sind. Wir fordern die Regulierungsbehörden und die Kaffeeindustrie auf, beides zu verstärken, damit Verbraucher*innen darauf vertrauen können, dass ihr Kaffee ordnungsgemäß geprüft wurde.

Die Stellungnahme des Deutschen Kaffeeverbandes zu pauschalen Verboten stellt unseren Bericht falsch dar

Uns wird vorgeworfen, ein pauschales Verbot aller Pestizide im Kaffeeanbau zu fordern. Das ist falsch – das haben wir nie getan, und diese Unterstellung dient in erster Linie dazu, unsere tatsächlichen Forderungen zu diskreditieren. Unsere Position ist präziser und klarer: Hochgefährliche Wirkstoffe, die sich bereits als schädlich für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt erwiesen haben und aus diesen Gründen anderswo verboten sind, dürfen schlichtweg nicht mehr eingesetzt werden – egal wo auf der Welt.

Der Verweis auf „integrierten Pflanzenschutz“ greift hier zu kurz, da dieser in der Praxis oft darauf hinausläuft, einen hochgefährlichen Wirkstoff durch einen anderen zu ersetzen. Das ist keine Lösung, sondern lediglich eine Verlagerung des Problems. Auch reine Schulungen zum „sicheren Umgang“ reichen nicht aus: Ein Stoff, der Krebs, Hormonstörungen oder Fehlgeburten verursachen kann, wird nicht allein durch das Tragen von Schutzhandschuhen sicher. Verschiedene Pestizide sind zudem aufgrund ihrer Umwelttoxizität verboten; sie schädigen das Bodenleben, die Wasserqualität und die Artenvielfalt – einschließlich der Bestäuber – erheblich. Eine Natur, von der eine gesunde Kaffeeproduktion abhängt. Was wir fordern und was notwendig ist, ist ein echter systemischer Wandel in der Branche hin zu einer Kombination aus Agroforstwirtschaft und biologischer Schädlingsbekämpfung sowie zu einer Landwirtschaft, die Böden und Ökosysteme stärkt, anstatt ihnen zu schaden.

Die Stellungnahme des Deutschen Kaffeeverbandes zu „Verantwortung in der Lieferkette und lokale Unterstützung“ ist unzureichend

Der Deutsche Kaffeeverband verweist auf das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) und einzelne Initiativen zum Kapazitätsaufbau, um zu suggerieren, dass die Branche ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bereits angemessen nachkommt. Allerdings

1. Due-Diligence-Prüfungen und vereinzelte Schulungsprogramme sind kein Ersatz für einen echten systemischen Wandel. Als Abnehmer*innen verfügen deutsche Röster*innen und Einzelhändler*innen über enorme Marktmacht und tragen daher die Verantwortung, diese auch einzusetzen. Gefordert sind: verbindliche, überprüfbare Ausschlusskriterien innerhalb der eigenen Lieferkette; eine langfristige Finanzierung des Übergangs zu Alternativen; sowie faire Preise, die diesen Übergang für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen überhaupt erst finanziell tragbar machen. Alles andere bleibt bloße Symbolpolitik.
2. Ein früheres Ranking und [ein Bericht von DUH und Coffee Watch](#) zur Einhaltung des LkSG und der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) durch 21 große deutsche Kaffeeunternehmen ergaben große Unterschiede in der Leistung der Unternehmen. Unternehmen an der Spitze der Rangliste wie Alnatura, JDE, Seeberger, Nestlé und Tchibo schnitten bei der Einhaltung des LkSG und anderer relevanter Sorgfaltspflichten offenbar weitaus besser ab als J.J. Darboven, Bela und Dallmayr. Die Behauptung des

Deutschen Kaffeeverbandes, alle deutschen Kaffeeunternehmen hielten das LkSG gemäß den Best-Practice-Standards vollständig ein, ist unglaublich und steht schlichtweg im Widerspruch zu den erhobenen Daten.

3. Nicht zuletzt gab es umfangreiche politische Diskussionen über die Abschaffung oder Abschwächung des LkSG und der EUDR. Die Bundesregierung [hat](#) die externen Berichtspflichten rückwirkend [abgeschafft](#) und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) angewiesen, die regelmäßige Überprüfung der Berichte einzustellen und die behördliche Durchsetzung zurückzufahren. Da der Deutsche Kaffeeverband offenbar der Ansicht ist, dass das LkSG eine so nützliche Rolle spielt, fordern wir den Verband nachdrücklich auf, seine Unterstützung für eine strenge Regulierung gegenüber der deutschen Bundesregierung und dem BAFA öffentlich zu bekunden.

Die Stellungnahme des Deutschen Kaffeeverbandes zum Export von Pestiziden ignoriert die starken Marktdynamiken

Das Argument, die Regulierung liege allein in der Hand der souveränen Erzeugerländer, lässt außer Acht, dass deutsche Unternehmen wie Bayer und BASF diese Wirkstoffe im Ausland herstellen, exportieren und vermarkten, obwohl sie in der EU verboten sind, weil sie als zu gefährlich gelten. Die Verantwortung für die Regulierung des Handels mit diesen Wirkstoffen kann nicht einfach an die Erzeugerländer delegiert werden. Es handelt sich um eine gemeinsame Verantwortung.

Zudem ist das Argument, ein Exportverbot würde lediglich dazu führen, dass die Pestizide aus Asien bezogen würden, kein Argument gegen ein Verbot, sondern vielmehr für eine international koordinierte Regulierung, bei der Deutschland als größter EU-Exporteur eine führende Rolle spielen sollte, anstatt sich hinter der Souveränität der Kaffee produzierenden Länder zu verstecken.

Fazit: Die Herausforderung ist sicherer Kaffee – nicht sicherer Kaffeegenuss in Deutschland.

„Sicherer Kaffee“ kann nicht bedeuten, dass nur die Tassen in Deutschland unbedenklich sind, während die Menschen, die die Bohnen anbauen, weiterhin krank werden und ihre Umwelt vergiftet wird. Allerdings sind, wie oben dargelegt, weitere Forschung und Überwachung erforderlich, um festzustellen, ob die Tasse tatsächlich sicher ist – für den Verbraucher und den Erzeuger.

Wir laden den Verband ein, sich diesen tatsächlichen Herausforderungen zu stellen – mit konkreten Vorschlägen für verbindliche Verpflichtungen zum Ausstieg aus nachweislich gefährlichen Substanzen, gemeinsam mit Erzeugern und Regierungen, mit echten Investitionen in Alternativen und mit einer Verantwortung, die nicht an der eigenen Lieferkette endet, sondern dort erst beginnt.

Gleichzeitig laden wir den Deutschen Kaffeeverband herzlich zu einem gemeinsamen Gespräch ein, um konkret über den Inhalt des Berichts zu sprechen und die Sicherheit für Verbraucher in Deutschland und Arbeitnehmer weltweit sowie umweltfreundliche Anbau- und Verarbeitungsmethoden zu gewährleisten.